

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ich möchte Sie herzlich zur Herbstausgabe unseres Newsletters Bildung begrüßen.

Der Schuljahresbeginn in Hessen lässt sich mit einem Wort beschreiben: chaotisch. Das liegt vor allem an der mangelnden Führungskraft des hessischen Kultusministers. Denn hätte Herr Prof. Lorz einfach seine Arbeit gemacht, dann hätte es rechtzeitig zum Schulanfang Planungssicherheit für Schulen gegeben. Anstatt mit einheitlichen Richtlinien und Standards eine klare Linie vorzugeben, zieht sich der Minister augenscheinlich in ein Paralleluniversum zurück, in dem der Schulstart durch seine Politik gut geglückt sei. Doch betrachtet man die aktuelle Situation nüchtern, erkennt man schnell, wie realitätsfern diese Einschätzung des Ministers ist. Bilanz einer schweren Anfangszeit: 51 Klassen aus 43 Schulen und 13 Schulen mussten - ohne Distanzunterricht - in Quarantäne.

Erst nach mehreren Wochen reagierte die Landesregierung mit dem von uns geforderten Stufenplan, den Lorz zum Schuljahresbeginn noch für überflüssig hielt. In der Regel sind wir es ja gewohnt, dass so ziemlich jede unliebsame Entscheidung aus dem Kultusministerium verweigert und an die Schulen und Kommunen durchgereicht wird. Das wird dann als Mitbestimmung verkauft. Ebenfalls viel zu spät kam vom Kultusministerium die Entscheidung den Schulen mehr Handlungsspielräume vor Ort einzuräumen, um durch einen strukturierten Wechsel aus Distanz- und Fernunterricht, präventiv Klassengrößen für einen beschränkten Zeitraum zu reduzieren. Ein Konzept, das wir seit Schuljahresbeginn fordern. Lehrkräfte und Schulleitungen stehen unter immensem Druck. Das spiegelt sich auch in Zahlen wieder. In einer Umfrage gaben rund zwei Drittel der befragten Hessen an, unzufrieden mit der Politik des Ministers zum Schulstart gewesen zu sein.

Zusätzlich zur schwachen Führung des Kultusministers kommen altbekannte Probleme wie Versäumnisse bei der Digitalisierung, der Infrastruktur und der „hausgemachte“ Lehrkräftemangel hinzu, die die aktuelle Situation an den Schulen zusätzlich verschärfen.

Es scheint als würde sich Lorz nicht wirklich für seinen Zuständigkeitsbereich interessieren. Das ist bitter für alle, die sich um die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen bemühen. Und es nimmt einer ganzen Schülergeneration die gerechte Chance auf erfolgreiches Lernen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen, MdL

Karin Hartmann
Vorsitzende des Kultur
politischen Ausschusses;
Kreis Bergstraße



Turgut Yüksel
Integrationspolitischer
Sprecher; Frankfurt



Christoph Degen
Arbeitskreisvorsitzender;
Main-Kinzig-Kreis

Lehrkräfte und Schulleitungen stehen unter immensem Druck. Das spiegelt sich auch in Zahlen wieder. In einer Umfrage gaben rund zwei Drittel der befragten Hessen an, unzufrieden mit der Politik des Ministers zum Schulstart gewesen zu sein.

Zusätzlich zur schwachen Führung des Kultusministers kommen altbekannte Probleme wie Versäumnisse bei der Digitalisierung, der Infrastruktur und der „hausgemachte“ Lehrkräftemangel hinzu, die die aktuelle Situation an den Schulen zusätzlich verschärfen.

Es scheint als würde sich Lorz nicht wirklich für seinen Zuständigkeitsbereich interessieren. Das ist bitter für alle, die sich um die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen bemühen. Und es nimmt einer ganzen Schülergeneration die gerechte Chance auf erfolgreiches Lernen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen, MdL

Kerstin Geis
stv. Arbeitskreisvorsitzende;
Kreis Groß-Gerau



Manuela Strube
Vorsitzende des
Petitionsausschusses
Landkreis Kassel



KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM
AUF DIE WEBSITE DER/DES
ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Inhaltsübersicht

AKTUELLES	2	LORZ LÄSST LEHRKRÄFTE ALLEIN	5
SCHULSTART UNTER CORONA	2	DIGITALISIERUNG AN SCHULEN	5
INTERVIEW MIT SCHULLEITER CLAUDIUS WIRTH	3	Hessen hinkt hinterher	
CIVEY UMFRAGE	4	CORONA TESTS FÜR LEHRKRÄFTE	6
Hessen ist unzufrieden mit Lorz		LEHRKRÄFTE SIND ÜBERLASTET	6
FÖRDERUNG DER BILDUNGSSPRACHE DEUTSCH	4	PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN	7
Landesregierung schießt am Ziel vorbei			

Aktuelles

SCHULE IN NORDHESSEN BENENNT SICH UM

Die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer der ehemaligen Wilhelm-Filchner-Schule in Wolfhagen setzen sich seit Monaten für die Umbenennung der eigenen Schule ein. Die Ansichten des früheren Namensträgers, dem Forschungsreisenden Wilhelm Filchner, passen nicht zu den Prinzipien der Schule. So war dieser bspw. Gründer der Gesellschaft für Rassenhygiene. Nun wurde die Umbenennung in „Walter-Lübcke-Schule“ bewilligt. Namensgeber ist der aus rechtsextremen Motiven ermordete Kasseler Regierungspräsident. Die SPD Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser bezeichnete ihn als



einen Mann, der sich in seinem gesamten politischen Leben für das friedliche Miteinander und Zusammenleben mit dem Ziel, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten, eingesetzt hatte. Die SPD begrüßt die Umbenennung und ist über die Initiative und das Engagement der Schulgemeinschaft sehr erfreut.

Schulstart unter Corona

WIE MINISTER LORZ SICH IN EIN PARALLELUNIVERSUM ZURÜCKZIEHT

Es war ein schwerer Schulstart, den wir in erster Linie der schwarz-grünen Landesregierung verdanken, die während der Vorbereitung eher mit Zögern und Zaudern glänzte, statt mit klarer Linie. Einzige Anweisung des Kultusministers zum Schulstart hieß, man wolle mit vollumfänglichem Präsenzunterricht starten. Die Frage, wie das gehen solle, blieb unbeantwortet. Viele Schulen hatten da schon eigenständig Hygienepläne entworfen, die Maskenpflicht im Klassenverband oder den Einsatz von Homeschooling in angebrachtem Maß enthielten. Aber viele Hygienepläne mussten drei Tage vor Ferienende umgeworfen werden, als den Schulen die Möglichkeit, eine Maskenpflicht zu verordnen, abgesprochen und damit begründet wurde,



dass Klassenräume nicht Teil des öffentlichen Raums und nicht Teil der Corona-Verordnung seien. Statt klarer Führung und Planungssicherheit für Schulen lieferte Lorz nur Unsicherheit. In der Regierungserklärung zum Schulstart stellte er es dann so dar, als wäre es dank seiner Politik perfekt verlaufen. Es scheint, als wäre er fernab der Realität in ein Paralleluniversum abgedriftet, denn die Realität sieht alles andere als glänzend aus.

Rede von Abg. Degen zur Regierungserklärung [hier](#)

Das Protokoll aus der Plenardebatte finden Sie [hier](#)

Unsere Kleinen Anfragen ([20/3438](#); [20/3519](#); [20/2815](#))

Unserer Pressemitteilungen zum Schulstart finden Sie [hier](#) und [hier](#)

Unseren Antrag zum Schulstart finden Sie [hier](#)

Interview

...MIT CLAUS WIRTH, SCHULLEITER DES GOETHE-GYMNASIUMS FRANKFURT

1. Herr Wirth, wie haben Sie als Schulleiter des Goethe-Gymnasiums Frankfurt den Schulstart unter Corona erlebt?

Zunächst einmal haben wir das Schuljahr 2020/21 so gründlich geplant wie noch nie, zumal sich im Laufe der Sommerferien auch die Anforderungen verändert haben. [...] Mitte der Ferien kam der Hinweis, das wir mit 100% Präsenzunterricht beginnen. Wir haben [...] eine Gesamtkonferenz einberufen und entschieden, eine Maskenpflicht einzuführen, das konnte man an diesem Mittwoch noch. Am Donnerstag war die Pressekonferenz, in der der Kultusminister den Hygieneplan 5.0 vorgestellt hat, der uns diesen Spielraum eigentlich nicht mehr gab, trotzdem haben wir die Maskenpflicht erstmal beibehalten. Auf Nachfrage von Journalisten hat der Kultusminister eingeräumt, dass Schulgemeinden durchaus Masken empfehlen könnten, die Schulkonferenz allerdings zustimmen müsste. Die Schulkonferenz hat dann einstimmig einer Maskenpflicht zugestimmt und zu meiner großen Freude kamen die Schülerinnen und Schüler am Montag alle mit Maske zur Schule. Sie haben alles sehr gut umgesetzt, sodass wir gut in diesen ersten Tag hineingekommen sind und bis heute läuft es sehr ruhig.

2. Welche Reaktionen haben Sie auf die Maskenpflicht erhalten?

Es gibt in der Elternschaft eine kleine Gruppe, die mich intensiv beschäftigt. [...] Von Seiten der Schülerinnen und Schüler ist an mich noch nichts herangetragen worden. Es ist ja klar: Die Maske schränkt jeden ein. Wir haben derzeit eine ständige Güterabwägung zwischen Gesundheitsschutz und pädagogischer und individueller Freiheit. Dabei werden verschiedene Personen zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Weil ich jedoch für alle 1088 Schülerinnen und Schüler verantwortlich bin, habe ich mich für eine Maskenpflicht eingesetzt.

3. Hätten Sie sich mehr Unterstützung vom Kultusministerium gewünscht?

Das Kultusministerium hat bei den Abitur-Prüfungen und in der ersten Phase der Pandemie gut gearbeitet. Ich hätte mir dann aber gewünscht, dass den Schulen das Recht zugesprochen wird, selbst über die Art des Unterrichts, eine Maskenpflicht etc. entscheiden zu können. Das hätte bei dem Erarbeiten eines Hygieneplans gut getan. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, klar zu sagen die Corona-Verordnung gilt nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in öffentlichen Schulen, dann wäre alles geregelt gewesen. Krisen brauchen klare Vorgaben.

4. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, den Schulen mehr Spielraum bei der Gestaltung des Unterrichts zu geben, was halten Sie davon?

Ein positiver Side-Effekt von Corona ist, dass die Schulen beim Distanzunterricht dazugelernt haben [...]. Wir haben hier als Goethe-Gymnasium jedoch den Standortnachteil, dass wir wie fast alle Schulen in Frankfurt kein leistungsfähiges WLAN haben. Das ist aber kein neues Problem, die Fehler wurden vor Jahren gemacht, als man meinte die Schüler nicht den Strahlen aussetzen zu wollen. Ich hätte mir als Schulleiter jetzt natürlich gewünscht, dass all das was wir neu gelernt haben, nicht einfach brach liegt, sondern dass wir gewisse Spielräume gehabt hätten, um das auch einzusetzen. Zum Beispiel in Form einer Mischung aus Präsenz- und Distanzunterricht, das würde uns auch helfen für einen möglichen zweiten Lockdown noch mehr dazulernen und die Schülerinnen und Schüler dann besser von zuhause aus unterrichten zu können.

Claus Wirth



Schulleiter des Goethe-Gymnasiums Frankfurt

5. Sind Sie technisch, pädagogisch und datenschutzrechtlich auf solche Maßnahmen vorbereitet?

Der Datenschutzbeauftragte hat eingewilligt, während der Corona-Krise Microsoft Teams zu verwenden und daraufhin haben wir alle Kolleginnen und Kollegen, die das freiwillig wollten, darin geschult. Das waren bei uns mehr als 90% des Kollegiums. Also würde ich sagen, dass wir uns darauf als Schule vorbereitet haben.

6. Wo sehen Sie das Goethe-Gymnasium in einem Jahr?

Ich hoffe, dass das Goethe-Gymnasium in einem Jahr die Bereiche, die es vor der Krise ausgezeichnet hat, zurückgewonnen hat, zum Beispiel, dass wir nächstes Jahr wieder ein Sommerkonzert mit vollen Ensembles geben können.

Civey-Umfrage

HESSEN IST UNZUFRIEDEN MIT LORZ

Eine repräsentative Umfrage von Civey im Auftrag der SPD hat ergeben, dass in Hessen eine große Unzufriedenheit über die schwarzgrüne Bildungspolitik herrscht. Rund 66% der Befragten gaben an, unzufrieden mit dem Kurs der Landesregierung beim Schulstart mit Corona gewesen zu sein. „Wenn Zweidrittel aller Hessinnen und Hessen der Meinung sind, dass das Kultusministerium die Schulen nicht ausreichend auf die Zeit nach den Sommerferien vorbereitet hat, dann hat der Minister in der Krise seinen Job nicht gemacht“, erklärt die Fraktionsvorsitzende der SPD, Nancy Faeser.

Zudem sind 58,6% der Befragten mit der generellen Bildungspolitik der Landesregierung unzufrieden. „Nicht erst seit der Corona-Pandemie sind die Versäumnisse der schwarzgrünen Schulpolitik offensichtlich: Lehrermangel, Sanierungsstau an den Schulen und ein massiver Nachholbedarf beim digitalen Lernen sind das Ergebnis schwarzgrüner Politik“, so Faeser weiter.

Corona-Tests bei Lehrkräften

LANDESREGIERUNG VERSINKT IM CHAOS

Die Beschlüsse der Landesregierung für die Tests von Lehrkräften waren nicht gut durchdacht. Jede Lehrkraft, jede Erzieherin und jeder Erzieher soll sich alle zwei Wochen auf Covid-19 testen lassen können. Das würde 11.000 Tests pro Tag bedeuten. Diese immense Zahl an Tests entspricht nicht den Testkapazitäten. „Die Landesregierung hat mit ihren nicht durchdachten Beschlüssen dazu beigetragen, dass Praxen, Testzentren und Labore mit zahlreichen Schwierigkeiten gestartet sind“, bemängelt Dr. Daniela Sommer, stv. Fraktionsvorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Außerdem kann Minister Lorz keine Antwort darauf geben wie die Proben von den Arztpraxen zum Labor gelangen. Da die Landesregierung vertraglich an ein einziges Labor gebunden ist, spielt der Transport eine wichtige Rolle. Das RKI empfiehlt, die Tests gekühlt per Kurierdienst zu transportieren, die Landesregierung verschickt trotzdem per Post. Das zeigt einmal mehr ihre Unfähigkeit zu Planung und Koordination in der Krise. „So schafft man statt Sicherheit nur weitere Unsicherheiten.“, sagte Sommer. Grundsätzlich finden wir es gut regelmäßig zu testen, die Umsetzung der Landesregierung lässt jedoch zu wünschen übrig.

Unseren Dringlichen Berichts Antrag dazu finden Sie [hier](#)

Unsere [Pressemitteilung](#) zu Corona-Tests bei Lehrkräften

Das Protokoll der KPA-Sitzung finden Sie [hier](#)



An der Online-Befragung des Marktforschungsunternehmens Civey nahmen zwischen dem 03. und dem 06.09.2020 1.000 Personen teil. Die Ergebnisse sind damit repräsentativ für die Bevölkerung Hessens ab 18 Jahren.

Unsere Pressemitteilung zur Umfrage finden Sie [hier](#)

Lüften im Winter

LORZ NIMMT PROBLEM NICHT ERNST

In einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung haben wir uns über die Nutz- und Verfügbarkeit von Luftfiltern in Schulen erkundigt. Diese könnten eine Ergänzung und Alternative zum Stoßlüften darstellen, da dies in der kalten Jahreszeit ein Problem für Schulen darstellt. Eine Studie der Goethe-Universität Frankfurt hat ergeben, dass Luftfilteranlagen die Aerosolkonzentration in einem Klassenzimmer stark senken und damit auch die Ansteckungsgefahr deutlich verringern könne.

Unsere Kleine Anfrage zum Thema Luftfilter finden Sie [hier](#)

Unseren Dringlichen Berichts Antrag zum Thema Schule im Herbst/Winter finden Sie [hier](#)

„Ich wüsste nicht warum ein Fenster, das im Sommer aufgeht, im Winter nicht mehr aufgehen sollte.“

Kultusminister Lorz in einer Sitzung des Kulturpolitischen Ausschuss am 2. September 2020.

Digitalisierung an Schulen

HESSEN HINKT HINTERHER

Hessen hinkt mit der digitalen Ausstattung von Schulen hinterher, das macht die Covid-19-Krise sehr deutlich. „Wir befinden uns in einer Situation, in der es dank der Tatenlosigkeit der hessischen Landesregierung weder ein Konzept noch die technische Ausstattung für virtuellen Unterricht gibt“, kritisieren Nancy Faeser, Fraktionsvorsitzende der SPD im Hessischen Landtag und Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher.

Doch schon vor der Krise war der Stand der Digitalisierung an hessischen Schulen schlecht. In den letzten Jahren wurde es versäumt, die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und die Schulen entsprechend fortzubilden „deshalb müssen [sie] sich nun mit Notlösungen über Wasser halten“, so Faeser. „Man hört oft, dass das Corona-Virus der Digitalisierung einen Schub gegeben hat. Aber das stimmt so nicht. Vielmehr hat es uns vor Augen geführt, wie groß der Schub sein muss“, bewertet Degen die Situation.



v.l.n.r.: Burkhard Schuldt (SSA), Nancy Faeser (Fraktionsvors.); Christoph Degen, Angelika Löber (Mdl), Thomas Ferber (SL)

Da es die Landesregierung verschlafen hat, ein Konzept zu entwickeln, nehmen viele Schulen das Thema selbst in die Hand. So auch die Richtsberg-Gesamtschule in Marburg, die Faeser und Degen besuchten. „Das Konzept der Schule ist vorbildlich, um Eigenverantwortung zu üben. Es gibt spezielle Räume, in denen die Schülerinnen und Schüler mit einem Tablet lernen können“, sagt Degen. Das Konzept ermöglicht es, jeder Zeit auf Distanzunterricht umzusteigen, weil das eigenständige Lernen mit einem Tablet schon in der Schule geübt werde.

„Solche Konzepte sind sehr gut, sollten aber nicht von Schulen individuell, sondern durch Vorgaben der Landesregierung begleitet werden.“, so Faeser.

Unsere Pressemitteilung zur Digitalisierung an Schulen finden Sie [hier](#)

Hessen lässt Lehrkräfte allein

WEITERHIN FEHLENDE DIENSTLICHE ENDGERÄTE FÜR LEHRKRÄFTE

Die digitale Ausstattung von Lehrkräften in Hessen ist schlecht. Das zeigt sich im Besonderen jetzt während der Corona-Pandemie. Viele Lehrerinnen und Lehrer benötigen digitale Endgeräte für möglichen Fernunterricht. Wir erwarten „von einem Arbeitgeber, dass er [...] seine Angestellten sowie seine Beamtinnen und Beamten mit entsprechendem Equipment versorgt“, so Nadine Gersberg, datenschutzpolitische Sprecherin der SPD. Auch das Thema Datenschutz scheint den Kultusminister nicht zu interessieren. „So sind weder die persönlichen Daten der Lehrerinnen und Lehrer noch die Daten der Schülerinnen und Schüler sicher.“, erläutert Gersberg. Die Landesregierung



verweist auf eine Nutzung des hessischen Schulportals, für das eine datenschutzrechtliche Prüfung jedoch noch aussteht. „Wenn letztlich Daten von Kindern und Jugendlichen preisgegeben werden, sind es am Ende die Lehrkräfte, die dafür haften müssen [...]“, kritisiert Gersberg die Landesregierung. Wir fordern eine bessere Ausstattung für Lehrer und die Sicherstellung des Datenschutzes für Lehrende und Lernende.

Unsere Pressemitteilung „Dienstgeräte für Lehrkräfte“ finden Sie [hier](#)

Nutzung Bildungsmittel

GROSSTEIL DER BESTELLTEN GERÄTE FEHLT

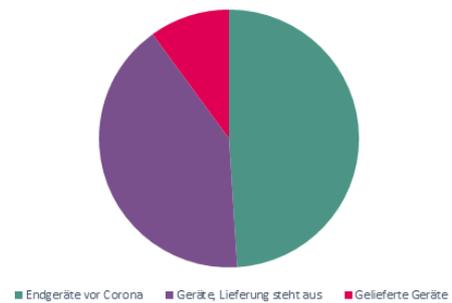
Die Bundes- und Landesregierung investieren 500 Millionen Euro, um die Anzahl an digitalen Endgeräten für Schüler zu verdoppeln. Die bisher circa 60.000 Geräte will man auf rund 120.000 aufstocken, womit der Grundbedarf wahrscheinlich erstmal gedeckt wäre. Jedoch sieht der Minister zwei Grundprobleme nicht, wenn er behauptet, dass „die ersten Tablets und Notebooks bereits verteilt [sind], und weitere zügig folgen [werden]“.

Zum einen, dass erst rund 10 Prozent der bestellten Geräte angekommen sind und sich bei den restlichen Geräten die Lieferung noch bis Ende November hinauszögern kann. Als Grund dafür erklären viele Kreise, dass der Förderbescheid für das Geld zur Computer-Beschaffung zu spät gekommen sei. Aufgrund der zahlreichen Bestellungen kommt es nun zu Verzögerung.

Zum anderen herrscht immer noch das allgegenwärtige Problem des fehlenden Internets. Das bedeutet, selbst wenn die Geräte endlich da sind, sind sie innerhalb der

Schule quasi wertlos, da es an vielen Schulen immer noch an leistungsfähigem Internet hapert. So gab die Stadt Kassel an, dass gerade einmal sechs der 53 Schulen mit leistungsfähigem Internet ausgestattet ist. Ein Armutszeugnis für die schwarz-grüne Landesregierung.

Anzahl der Endgeräte an Schulen



Lehrkräfte sind überlastet

LEHRKRÄFTE BRAUCHEN MEHR ENTLASTUNG UND WERTSCHÄTZUNG

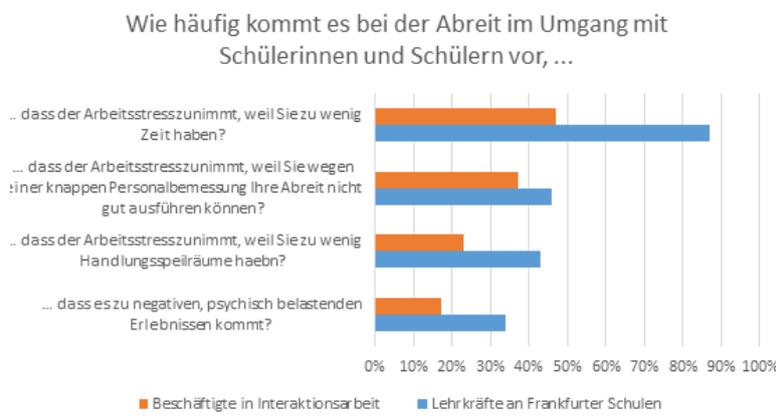
In einer Studie der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zur Arbeitszeit und Arbeitsbelastung gaben rund 70 Prozent der 1200 befragten hessischen Lehrkräfte an, sich stark belastet zu fühlen. 40 Prozent sehen für sich persönlich die Grenzen außerunterrichtlicher Verpflichtungen als überschritten an. „Das ist ein Alarmsignal.“, betont Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD. „Wir brauchen endlich wirksame Maßnahmen, bessere Arbeitsbedingungen und eine Anerkennung der Arbeit unserer Lehrkräfte“, so Degen weiter.

Die Studie ergab außerdem, dass der Unterricht nur noch rund ein Drittel der Arbeitszeit ausmacht. Die SPD-Landtagsfraktion fordert nicht erst seit Corona, gleiche Bezahlung für Grundschullehrkräfte und eine bessere Einbindung und Kommunikation mit den Beschäftigten. „Der Kultusminister muss die Belastungen an unseren Schulen endlich ernstnehmen. Das Schönrechnen der Lehrerversorgung muss ein Ende haben. Eine statistische Lehrerversorgung von über

100 Prozent gibt es höchstens auf dem Papier. Zu viele Stellen sind nicht besetzt. Auch kann eine Berechnungsgrundlage hierfür, die noch aus dem letzten Jahrtausend stammt, keine Grundlage für das Jahr 2020 sein, wo in

Schulen so viel mehr bewältigt werden muss, als einfach nur zu unterrichten. Eine Entlastung von außerunterrichtlichen Aufgaben wie beispielsweise IT-Support und die Einführung einer flächendeckenden echten Schulsozialarbeit ist das Mindeste, das jetzt passieren muss“, so Degen.

Unsere Kleine Anfrage zu Überlastungszeiten finden Sie [hier](#)



Unsere Kleine Anfrage zur Vierten Frankfurter Erklärung finden Sie [hier](#)

Unsere Pressemitteilung zur GEW-Studie finden Sie [hier](#)

Zur GEW-Website kommen Sie [hier](#)

Frage des Abgeordneten Degen

Zählen, unabhängig von aktuellen Förderprogrammen, digitale Endgeräte für die Hand des Schülers grundsätzlich zu Lehr- oder zu Lernmitteln?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, in Hessen werden digitale Endgeräte der Schülerinnen und Schüler bislang überwiegend über die Schulträger beschafft. Die Endgeräte der Schulträger werden sowohl im Präsenzunterricht als auch für andere schulische Lehrangebote eingesetzt.



Es handelt sich hierbei um schulgebundene Endgeräte, die zur schulischen IT-Ausstattung zählen und damit zu den Lehrmitteln gehören. Nach § 153 Abs. 4 des Hessischen Schulgesetzes gelten im Übrigen Gegenstände geringeren Wertes und vor allem solche, die auch außerhalb des Unterrichts gebräuchlich sind, wie z. B. Schreib- und Zeichenmaterial oder Taschenrechner, nicht als Lernmaterial.

Förderung der Bildungssprache Deutsch

LANDESREGIERUNG SCHIESST AM ZIEL VORBEI

Schwarzgrün hat beschlossen, die bisher freiwilligen Vorlaufkurse zur Sprachförderung zur Pflicht zu erklären. Dabei waren bei der Anhörung im Landtag bezüglich dieses Gesetzes viele Gegenstimmen laut geworden. SPD-Bildungspolitikern Manuela Strube fand klare Worte: „Jedes Kind in Hessen sollte optimal in der sprachlichen Entwicklung gefördert werden. Dafür brauchen wir keine Gesetzesänderung, sondern ein fachliches Gesamtkonzept. Dies muss sich an die Bedürfnisse der Kinder und nicht an der Herkunft oder den sprachlichen Fähigkeiten orientieren. Außerdem braucht es dafür Personen mit einer fundierten elementarpädagogischen Qualifikation.“

Obwohl bereits 95% der Kinder, die eine Empfehlung für diese Vorlaufkurse erhalten, teilnehmen, sollen jetzt alle Kinder zur Teilnahme gezwungen und so auch die restlichen 5% erreicht werden. Die Gründe, weshalb diese feh-

lenden 700 Schüler die Kurse nicht besuchen, hat die Landesregierung nicht hinterfragt. Ist es beispielsweise einer Familie unmöglich, das Kind zu einem Kurs zu bringen, weil die Eltern berufstätig sind und sie ihr Kind nicht für zwei Stunden zu dem Kurs bringen können oder lebt die Familie auf dem Land und der nächste Vorlaufkurs ist sehr weit weg. Dann ist es nahezu unmöglich für diese Kinder, die Kurse zu besuchen. Das will Schwarzgrün in Zukunft erzwingen und droht sogar mit Bußgeld.

Die Idee, Kinder schon früh beim Lernen der Sprache zu unterstützen, ist gut und richtig. Doch mit diesem Gesetz schießt die Landesregierung am Ziel vorbei.

Unsere Pressemitteilung dazu finden Sie [hier](#)

Rede der Abg. Strube finden Sie [hier](#)

Parlamentarische Initiativen

GEPLANTE ZENTRALISIERUNG DER LA

Eine Kleine Anfrage an das Kultusministerium bezüglich der geplanten Zentralisierung der Lehrkräfteakademie ergab, dass das Konzept schlecht durchdacht ist. Unter anderem konnte der Minister keine überzeugende Antwort darauf geben, welchen Zweck der Umzug hat, welche Vorteile es gibt und inwiefern der Umzug die Erreichbarkeit aus dem ländlichen Raum erleichtert. Erschreckend, dass so eine immense Entscheidung über die Köpfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinweg getroffen wurde, weil es viele zu einem Umzug zwingt. Der Personalrat der LA wurde erst nach der Entscheidung informiert.

Unsere Kleine Anfrage finden Sie [hier](#)

Unseren Erschließungsantrag dazu finden Sie [hier](#)

SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Trotz zahlreicher Beschwerden von Eltern über überfüllte Schulbusse in Coronazeiten, hat die Landesregierung lange gewartet und erst auf Druck gehandelt. In einem Antrag fordert die SPD daher, die Nutzung von Reisebussen zur Schülerbeförderung zu ermöglichen, sowie Mittel für Schulträger, um die Schülerbeförderung zu entlasten, bereitzustellen.

Unseren Antrag finden Sie [hier](#)

Plenum

UNSERE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG

Frage des Abgeordneten Degen:

An wie vielen hessischen Schulen fand die Ferienakademie in den beiden letzten Sommerferienwochen statt?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, die Ferienakademie in den beiden letzten Sommerferienwochen fand an 360 hessischen Schulen statt.

Nachfrage des Abg. Degen:

Herr Minister, können Sie ungefähr die Anzahl der Teilnehmenden quantifizieren? Vielleicht sogar prozentual im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl.



Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, ja, das kann ich. Insgesamt haben sich für die Ferienakademie und die schulbezogenen Sommercamps 21.998 (rund 2,75% aller hessischen Schüler) Schülerinnen und Schüler angemeldet. Davon gingen 15.039 Schülerinnen und Schüler auf die Ferienakademien und 6.959 Schülerinnen und Schüler in die schulbezogenen Sommercamps.

Frage der Abgeordneten Strube

Wie viele Lehrkräfte, die vor den Sommerferien an hessischen Schulen beschäftigt waren und nach den Ferien an hessischen Schulen beschäftigt sind, wurden vom Land Hessen während der Sommerferien nicht bezahlt?

Antwort der Landesregierung:

Frau Abg. Strube, die Zahl, der im Schuldienst beschäftigten Lehrkräfte, die während der Sommerferien vom Land nicht beschäftigt wurden, ist in Hessen in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Durch die Änderung der Erlasslage meines Hauses vom 18. Juni 2018



haben wir die Möglichkeiten zur Einbeziehung der Sommerferien in den Beschäftigungszeitraum und damit in den Zeitraum, indem eine Vergütung gewährt wird, deutlich ausgeweitet. Zur Entwicklung der Zahlen von den Sommerferien 2018 zu den Sommerferien 2019 verweise ich auf meine Antwort auf die von Ihnen gestellte Kleine Anfrage, Drucks. 20/1609. Die entsprechenden Daten für die Sommerferien 2020 werden voraussichtlich Mitte November 2020 vorliegen.

Frage der Abgeordneten Hartmann:

Wie entwickelt sich die Inanspruchnahme von den im Bildungs- und Erziehungsplan gewollten, gemeinsamen Fort- und Weiterbildungen von Erzieherinnen und Erziehern und Grundschullehrkräften?

Antwort der Landesregierung:

Frau Abg. Hartmann, die Modulfortbildungen zum Bildungs- und Erziehungsplan (BEP), richten sich an alle Tandems und Teams bzw. Kollegien aus Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, an Kindertagespflegepersonen und weitere pädagogische Fachkräfte sowie an die Akteurinnen und Akteure aus den verschiedenen Bildungsstandorten. Bis zum Abschluss der ersten Phase der Implementierung im Jahr 2014 hatten sich 748 Tandems, bestehend aus mindestens einer Kindertageseinrichtung und einer Grundschule gebildet und zumindest eine Modulfortbildung zum BEP besucht. Um weitere Einrichtungen zu erreichen und eine fundierte sowie nachhaltige Umsetzung des BEPs für Kinder von null bis zehn Jahren in Hessen an möglichst vielen Lernorten zu unterstützen, wurden im Anschluss an diese erste Phase der Implementierung weitere Bausteine wie z. B. die BEP-



Begleitung, die Fachberatungskurse der Jugendhilfe oder die BEP-Leitungskurse für Leitungen der Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie Fachberatungen aus der Schule und Jugendhilfe konzipiert, etabliert und evaluiert. Entstanden sind so 14 neue Modulfortbildungen mit jeweils einem eigenen Themenschwerpunkt, die prozessorientiert angeboten werden und sich über mehrere Fortbildungstage erstrecken. Die Nachfrage nach diesen neuen Modulfortbildungen war von Beginn an hoch und stieg kontinuierlich an. Seit Februar 2016 bis zum 13. März 2020 – dies war der Stichtag zur Aussetzung der Modulfortbildungen aufgrund der Beschränkungen durch die COVID-19-Pandemie – haben rund 1.600 Modulfortbildungsreihen stattgefunden. Seit Anfang März 2019 wurden rund 600 neue Modulfortbildungsreihen gestartet. Insgesamt 814 Modulfortbildungsreihen wurden seit Februar 2016 mit einem Follow-up-Tag abgeschlossen und danach ausgewertet. Die Anzahl hat sich damit von 450 – das war der Stand Oktober 2019 – auf mehr als 800 fast verdoppelt. Darüber hinaus ist die Anzahl der Tandem-Fortbildungen von Kindertagesstätten und Grundschulen von 86 Fortbildungstagen im Jahr 2016 auf 131 Fortbildungstage im Jahr 2019 angestiegen.

Im Gespräch

MIT DER LANDESSCHÜLERVERTRETUNG

In einem aufschlussreichen Gespräch mit den Vorsitzenden der Landesschülervertretung Paul Harder und Dennis Lipowski hat der Arbeitskreis Kultur sich über die Evaluation der Corona-Krise, den Stand der Digitalisierung an Schulen und der Zusammenarbeit zwischen dem HKM und den Kommunen ausgetauscht. In vielen Punkten war man sich einig, beispielsweise sahen alle Beteiligten, dass eine bessere digitale Ausstattung von Schulen nicht nur als Mittel in der Corona-Krise gebraucht wird, sondern auch über die Krise hinaus wichtig ist. Beide Seiten betonten, dass digitaler Unterricht für sie nicht nur das Arbeiten von zu Hause, sondern auch die Nutzung von Endgeräten im Klassenverband bedeutet. Weiterhin ging es um Themen wie Schülerbeförderung und Lehrmittelfreiheit.



v.l.n.r.: Karin Hartmann (MdB), Christoph Degen, Turgut Yüksel (MdB), Dennis Lipowski (LSV), Paul Harder (LSV)

Hinweise und Termine

BEWERBUNGSFRIST FÜR DIE AUSZEICHNUNG VERBRAUCHERSCHULE VERLÄNGERT

Die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat die Bewerbungsfrist für die Auszeichnung Verbraucherschule verlängert. Der Preis wird nun zum vierten Mal an Schulen vergeben, die Kinder und Jugendliche für den Alltag als Verbraucher fit machen.

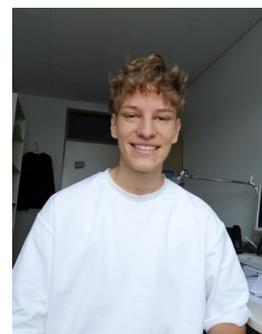
„Mit dem ersten Handy und dem ersten Geld werden Kinder und Jugendliche zu einer interessanten Zielgruppe für Unternehmen. Umso wichtiger ist es, dass Schulen sie auf dem Weg zu selbstbestimmten und kritischen Konsumenten unterstützen“, sagt Klaus Müller, Vorstand des vzbv. Allgemein- und Berufsbildende Schulen können sich noch bis zum **15. November 2020** sowohl mit Maßnahmen der Verbraucherbildung aus dem letzten Schuljahr als auch mit Aktivitäten, die wegen der Schulschließungen in diesem Jahr noch nicht vollständig umgesetzt wurden, bewerben.

Um sich zu bewerben muss sich die Schule im Netzwerk Verbraucherbildung unter www.verbraucherschule.de anmelden und erhält dann die Bewerbungsunterlagen. Als Mitglied profitieren die Schulen von aktuellen Informationen zur Verbraucherbildung, Online-Fortbildungen und Austausch zwischen den Schulen im Netzwerk.

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen? Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).

FREIWILLIGES SOZIALES JAHR IM LANDTAG

Ich heiße Luka und komme aus Frankfurt. Nach dem Abitur habe ich mich für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) entschieden, um Einblicke in das politische Leben zu bekommen und mich in der Berufswelt zu orientieren. Aktuell mache ich mein FSJ-Politik im Referat für Bildung, Wissenschaft und Kunst der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Weitere Informationen zum FSJ allgemein und zum Bewerbungsverfahren finden Sie [hier](#). Bei Fragen können Sie sich auch gerne per [E-Mail](#) an mich wenden.



IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Bastian Fleig, V.i.S.d.P
Christoph Gehring, V.i.S.d.P
Luka Kayser
Martina Häusl-David
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach /
SPD-Fraktion